

Regierungsratsbeschluss

vom 19. Mai 2020

Nr. 2020/764

KR.Nr. AD 0064/2020 (VWD)

Dringlicher Auftrag Sandra Kolly (CVP, Neuendorf): Massnahmenkatalog zur Abfederung langfristiger negativer Folgen durch die Corona-Pandemie Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, so rasch als möglich einen Massnahmenkatalog auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, in welchem aufgezeigt wird, wie sich der Regierungsrat auf die langfristigen negativen Folgen der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Rezession vorbereitet und wie er gedenkt, diese sowohl für die juristischen wie auch die natürlichen Personen abzufedern.

2. Begründung

Die Corona-Pandemie hat nicht nur die Schweiz quasi über Nacht in eine Rezession gestürzt. Die am 16. März 2020 vom Bundesrat ausgerufene ausserordentliche Lage und der damit verbundene Lockdown über mehrere Wochen haben viele Teile der Wirtschaft, die Kulturbetriebe und den öffentlichen Verkehr lahmgelegt. Zwar haben Bund und ergänzend der Kanton rasch via Notrecht sehr viele finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und weitere Massnahmen ergriffen, um unsere KMU und Gewerbebetriebe zu erhalten und Konkurse zu vermeiden. So haben bereits 3000 KMU im Kanton Solothurn einen COVID-19-Kredit beantragt und auch erhalten. Trotzdem zeichnet sich nach der Pandemie und speziell zum Zeitpunkt, wenn die Kurzarbeit nach 6 Monaten auslaufen wird, eine grosse Entlassungswelle bei den Firmen ab, weil sie zu viele Mitarbeiter, aber zu wenig Aufträge haben werden, um den gleichen Umsatz wie vor der Pandemie zu erzielen.

„Man habe sich grausam verschätzt“, sagte Arbeitsdirektor Boris Zürcher an der Medienkonferenz vom 24. April 2020. Gingen Ökonomen des Bundes noch Anfang März nicht von einer Rezession aus, so rechnet der Bund jetzt für dieses Jahr mit dem grössten Wirtschaftseinbruch seit dem Erdölshock und mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) um knapp 7 Prozent, verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit.

Auch im Kanton Solothurn ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosenquote im Herbst nach Ablauf der Kurzarbeit stark ansteigen wird. Denn diesmal ist nicht „nur“ die Exportindustrie, sondern auch unsere Binnenwirtschaft von der Krise massiv betroffen. So haben sich Stand 23. April 2020 bereits 4'959 Firmen für Kurzarbeit angemeldet, was 51'000 betroffenen Arbeitnehmenden entspricht. Zum Vergleich: In der Finanzkrise 2008 wurden 930 Anmeldungen für Kurzarbeit registriert. Weiter ist mit massiven Ertragsverlusten zu rechnen, weil die Steuererträge der Firmen einbrechen werden.

Oberstes Ziel muss deshalb sein, so viele Arbeitsplätze wie nur möglich zu erhalten. Denn sind sie erst einmal vernichtet, ist es ungleich schwieriger, diese wieder neu zu schaffen. Zudem muss verhindert werden, dass Firmen Konkurs gehen und Arbeitnehmende zu Tausenden zuerst in die Arbeitslosigkeit und in letzter Konsequenz in die Sozialhilfe abgleiten.

Der Regierungsrat soll mit einem Massnahmenkatalog aufzeigen, wie er konkret gedenkt, die langfristigen negativen Folgen der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Rezession abzufedern. Komplett falsch wäre es aus Sicht der Auftraggeber, ein Sparpaket beim Kanton zu schnüren, um Verluste auszugleichen. Vielmehr sollen geplante Investitionen rasch getätigt oder auch vorgezogen werden, damit die Konjunktur angekurbelt werden kann. Weitere geeignete Massnahmen sollen zur Förderung der Investitionstätigkeit des Privatsektors und des Konsums ergriffen werden. Zudem muss nicht nur den juristischen Personen, sondern auch den natürlichen Personen unter die Arme gegriffen werden, indem sie zum Beispiel steuerlich entlastet werden und der erheblich erklärte Auftrag der Finanzkommission so rasch als möglich umgesetzt wird.

3. Dringlichkeit

Der Kantonsrat hat am 6. Mai 2020 die Dringlichkeit beschlossen.

4. Stellungnahme des Regierungsrates

Die wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus sind für die Schweizer Wirtschaft massiv. Zahlreiche Betriebe mussten ihre Geschäftsaktivitäten einschränken oder unterbrechen und die Arbeitslosenzahlen steigen. Zudem ist das internationale Umfeld anspruchsvoller geworden. Die Auslandsnachfrage ist bereits stark zurückgegangen und droht, sich weiter zu verschlechtern. Es gibt kaum eine Branche, die nicht von den Auswirkungen des Coronavirus betroffen ist. Die Expertengruppe des Bundes für Konjunkturprognosen erwartet daher für das Jahr 2020 einen sehr starken Rückgang des BIP und rechnet auch 2021 nur mit einer langsamen Erholung. Gemäss einer Studie des UBS Investment Research sind gerade die Uhrenindustrie und die damit verbundenen Wertschöpfungsketten im Kanton Solothurn stark betroffen von der Coronakrise.

In Anbetracht dieser Ausgangslage werden wir der mittel- und langfristigen Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Wirtschaftsstandortes ganz besondere Beachtung schenken. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist bereits daran die "Standortstrategie 2030 für den Kanton Solothurn" entsprechend zu überprüfen. Dabei sollen die zurzeit zur Diskussion stehenden wirtschaftlichen Szenarien (V-, U-, L-, oder W-Rezession) und deren Annahmen und Prognosen auf den Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn beurteilt werden. Je nach zeitlicher Dimension der Auswirkungen und beschleunigtem Strukturwandel ergibt sich Handlungsbedarf in Bezug auf die Stossrichtungen der Standortstrategie 2030.

Zudem wird das AWA die Vor- und Nachteile verschiedener konkreter unterstützender Massnahmen aufzeigen und im Hinblick auf die zu erwartenden Herausforderungen des Standortes Kanton Solothurn beurteilen. Zusätzlich werden verwaltungsinterne Abklärungen über mögliche Massnahmen etwa im Bereich vorgezogener Investitionen oder administrativer Entlastungen ebenfalls als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für allfällig zu ergreifende Massnahmen dienen.

Den entsprechenden Bericht werden wir dem Parlament vorlegen.

5. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (GK 5142)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Finanzdepartement
Aktuarin UMBAWIKO (ste)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat